

# Liechtensteiner Volksblatt

Jetzt mit täglichem Radio- und Fernsehprogramm

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag/Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Zollerleichterungen durch Vignettenverkauf gefährdet

Jahresschluss-Konferenz der Zollkreisdirektion Chur fand gestern in Schaan statt

Probleme mit der Zollabfertigung nach Einführung der Autobahn-Vignette und der Schwerverkehrssteuer standen im Mittelpunkt der Jahresschluss-Konferenz der Zollkreisdirektion Chur, die dieses Jahr in unserem Land abgehalten wurde. Die Zollkreisdirektion, der auch die Zollübergebe in unserem Land unterstellt sind, informierte im weiteren über die Regelung des Güterverkehrs zwischen Österreich und der Schweiz sowie Liechtenstein.

### Kolonnen durch den Vignetten-Verkauf?

Nach den Ausführungen von Zolldirektor Bosshard gefährde der Vignetten-Verkauf diese Erleichterungen. Mit grosser Wahrscheinlichkeit werde es deswegen zu Stauungen an den Grenzen kommen, obwohl den Grenzstellen sehr daran liege, dass der Ausflugsverkehr nicht behindert werde.

Auch im Hinblick auf die Schwerverkehrsabgabe hofft Bosshard trotz der bisherigen Drohgebärden auf die «Akzeptanz» an den Grenzen. Man werde das Möglichste tun, damit die Abfertigungen ohne grosse Zeitverluste vor sich gehen könnten.

### Probleme mit Europa-Spur

Im weiteren kam Zolldirektor auf die Probleme mit der Europa-Spur zu sprechen. Bundeskanzler Sinowatz habe dem Bundesrat vorgeschlagen, eine Europa-Spur zwischen der Schweiz und Österreich einzuführen, wie das bereits zwischen Österreich und Deutschland vereinbart worden sei. Aufgrund dieser Regelung könnten Einwohner von Österreich, der Schweiz und Liechtenstein auf einer gesonderten Spur ins Nachbarland einfahren, ohne einen Halt für die Zollkontrolle einschalten zu müssen. Sie hätten allerdings eine Plakette mit «E» vorzuweisen, was bedeuten soll, dass sie keine zollpflichtigen oder verbotenen Waren mit sich führten und gültige Ausweise besässen. Wie Zolldirektor Bosshard jedoch ausführte, habe diese «E-Scheibe» im Gegensatz zur grünen Sichtdeklaration keine rechtliche Wirksamkeit. Auch wies er auf die bisherigen schlechten Er-

fahrungen mit der «E»-Spur hin, wonach dort wieder vermehrt Kontrollen gemacht werden müssten. Auf eine diesbezügliche Frage meinte Bosshard, er glaube nicht daran, dass dies in naher Zukunft verwirklicht werde. Ausserdem sei die Einführung, aus Platzgründen, nur bei grösseren Zollämtern möglich.

### Regelung des Güterverkehrs

Die weiteren Ausführungen des Zolldirektors betrafen den Güterverkehr zwischen Österreich, der Schweiz und Liechtenstein. Probleme ergeben sich hier vor allem im st. gallischen Rheintal beim Grenzübergang Bruggerhorn in St. Margrethen, wo man – wie er ironisch bemerkte – bald das 25jährige Jubiläum der Planung feiern könne, ohne dass ein Ergebnis abzusehen sei.

Weit weniger Probleme haben nach seinen Ausführungen die Erweiterungen beim Zollamt Schaanwald geboten.

Durch die Aufstockung des Zollgebäudes, die fast schon fertig sei, könnten die Arbeitsbedingungen für die Angestellten verbessert werden. Bei diesem Bauwerk sei der Instanzenweg bedeutend kürzer gewesen, meinte Zolldirektor Bosshard, weshalb der Erweiterungsbau auch schon bald bezugsbereit sei. Hingegen betonte er, dass die Vergrösserung des Gebäudes nicht zu einer Verkehrsumlagerung von anderen Grenzstellen zu Lasten von Schaanwald führe. Diesbezügliche Erklärungen seien der Regierung schon vor Beginn der Planung abgegeben worden.



Die Lage auf der Baustelle des umstrittenen Donaukraftwerkes Hainburg bei Wien spitzte sich gestern Dienstag nach den Zusammenstössen zwischen Umweltschützern und den Polizeikräften drastisch zu. Zahlreiche Gruppierungen (auch aus politischen Lagern) protestierten gegen den Polizeieinsatz und distanzieren sich vom Vorgehen der Ordnungshüter. Unsere Aufnahme zeigt Hainburg gestern nachmittag, als rund 1000 Umweltschützer auf die Polizeikräfte stiessen. (Bild: AP)

## Lage spitzt sich dramatisch zu!

Kundgebungen gegen Donau-Kraftwerk Hainburg in der Nähe Wiens

Wien (AP) Die Lage auf dem Baugelände des umstrittenen Donaukraftwerkes Hainburg in der Nähe von Wien hat sich gestern Dienstag dramatisch zespitzt, nachdem am Montag von Demonstranten blockierte Strassen von der Polizei geräumt worden waren. Wie die zuständige niederösterreichische Sicherheitsdirektion am vormittag mitteilte, haben rund 1500 Demonstranten alle Zufahrtstrassen zu dem Baugelände abgeriegelt. Bei Handgreiflichkeiten mit den Umweltschützern sei einem Polizisten der Arm gebrochen worden.

Gruppierungen gegen den Polizeieinsatz. Sowohl die Jugendorganisation der Volkspartei, als auch der Kärntner Landesvorsitzende der Freiheitlichen Partei (FPÖ), Jörg Haider, distanzieren sich von dem Polizeieinsatz. Greenpeace verurteilte die «brutalen Methoden», deren Opfer zumeist Mädchen und Frauen gewesen seien. Das Organisationsbüro des Volksbegehrens gegen den Kraftwerkbau protestierte ebenfalls. Bereits am Montagabend wurde der österreichische Bundespräsident Rudolf Kirchschläger bei seiner Rückkehr von Tirol nach Wien noch auf dem Bahnhof von Demonstranten über die Vorgangsweise auf dem Areal informiert.

Bereits am Montag hatte es bei Zusammenstössen zwischen Demonstranten und der Polizei mehrere Verletzte gegeben; einer Frau war der Knöchel gebrochen.

Den rund 1500 Demonstranten standen am Dienstag nach den Worten eines Polizeisprechers lediglich 150 Polizisten gegenüber. Die Polizei wartete auf Anweisungen des Wiener Innenministeriums. Die begonnenen Rodungsarbeiten konnten nicht fortgesetzt werden, da die Umwelt- und Naturschützer die Zufahrtsweg versperrten. Sie protestieren gegen den Bau des Donaukraftwerkes, da dadurch nach ihrer Meinung eine der letzten Aulandschaften Europas zerstört wird.

Der schweizerische Umweltschützer Franz Weber richtete am Dienstag einen «brennenden Appell» an Kirchschläger, nach dem «gewaltigen und brutalen» Polizeieinsatz einzugreifen. Zwischen Wien und Hainburg spiele sich vor den Augen Europas ein Drama unfassbaren Ausmasses ab.

## Erbprinz im ZDF

Sendung «Exklusiv» um 22.05 Uhr

In der beliebten Fernsehsendung «Exklusiv» des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF) kommt heute abend um 22.05 Uhr S.D. Erbprinz Hans Adam zu Wort. Reporterin Adelheid von Schulenberg interviewte Erbprinz Hans Adam auf Schloss Vaduz. Die Sendung, die freilich nur wenige Minuten dauert, wurde in Deutschland verschiedentlich angekündigt. Ganz prominent aufgemacht wurde die Ankündigung der Sendung in der Fernseh-Illustrierten «Bild + Funk». Unter dem Titel «Erbprinz Hans Adam regiert Liechtenstein, das glücklichste Land Europas» versuchte Dieter Dombrowski, stellvertretender Chefredakteur von «Bild + Funk» und als langjähriges Mitglied des Internationalen Liechtensteiner Pressclub (LPC) ein ausgezeichnete Kenner unseres Landes, in einem ganzseitigen Beitrag mit Illustrationen einige Vorstellungen, die fälschlicherweise in der Bundesrepublik immer noch über unser Land kursieren, richtigzustellen.

### Greenpeace bestreitet Gewaltanwendung der Demonstranten

Die Umweltschutzorganisation Greenpeace dementierte, dass der Polizist bei Handgreiflichkeiten verletzt worden sei. Er habe sich nach Berichten vom Unfallort bei dem Versuch, eine Blockade wegzuräumen, verletzt. Dabei sei es zu keiner Gewaltanwendung von Seiten der Demonstranten gekommen. Es gelte das Prinzip der Gewaltlosigkeit. Unterdessen protestierten zahlreiche

## Renovation Gemeindehaus Mauren

Im Rahmen einer Baureportage, die Sie im Innern der heutigen Ausgabe finden, wird das am letzten Samstag (8. Dezember) eingeweihte und offiziell in Betrieb genommene Gemeindehaus Mauren näher vorgestellt. Neben dem Bericht des Architekten über die gelungene Renovation und den Anbau, können Sie auch einen Beitrag lesen, den Altvorsteher Egon Meier unter dem Titel «Die Gemeindeverwaltung einst und heute» verfasst hat. Dabei kommen viele interessante Vergleiche zu Tage, die besonders auch die heutige Jugend interessieren dürften.

### 10jähriges Jubiläum des Seniorentreffens Vaduz:

## «Es war einfach wunderbar!»

Eine der unzähligen Aktivitäten des Frauenvereins Vaduz hatte kürzlich Jubiläum: Am 4. Dezember fanden sich 140 Personen im Vaduzer Saal ein, um das «10jährige» des Seniorentreffens zu feiern.

Einige schöne nostalgische Lieder ertönten gleich aus 140 Mündern. Ganz herzlich war dann das Mundartgedicht von Hilde Moser; sie erntete herzlichen Applaus.

Rund ging es an diesem Nachmittag zu und her, festlich, und wer freute sich nicht, den «alten Schulschatz» anzutreffen. Das Fest wurde mit einer Adventsbussfeier eingeleitet. Anschliessend begrüsst Gertrud Boss, Präsidentin des Vaduzer Frauenvereins, die Gäste mit einem Hinweis auf die Gründung des Seniorentreffens vor 10 Jahren. Um 15 Uhr traf hoher Besuch ein: Erbprinzessin Maria Aglae liess es sich nicht nehmen, zwei Geburtstagskindern persönlich ihre Glückwünsche zu überbringen (unser Bild). Musikalische Untermauerung fehlte natürlich auch nicht; am Flügel spielte Kurt Büchel, Elisabeth Ospelt erfreute mit verschiedenen Gesangeinlagen.

Zwei Frauen des Vereins traten später als Nikolaus und Krampus in Aktion. Sie verteilten Weihnachtstollen und sorgten mit ihrem lustigen Auftritt für viel Lachen. Ganz bezaubernd war die Spontaneität zweier Seniorinnen, die dem Nikolaus ein Gedicht vortrugen.

Kurzum: Das 10jährige Jubiläum des Seniorentreffens war ein Volltreffer an Gemütlichkeit und Herzlichkeit. «Es war einfach wunderbar!» hiess es dann auch zum Schluss der Feier, die auch in kulinarischer Hinsicht ein Fest war. Ein stiller Spender hatte übrigens auch ans Jass- oder Kaffeekässile der Gäste gedacht: Jeder Gast fand an seinem Platz ein gedrucktes Tischkärtchen mit einem eingerollten Zehnermötl vor.



Hoher Besuch beim 10jährigen Jubiläum des Seniorentreffens Vaduz: Erbprinzessin Maria Aglae liess es sich nicht nehmen, zwei anwesenden Geburtstagskindern ihre persönlichen Glückwünsche zu übermitteln. G. M.

### Kommentar: Wie erklären?

Nachdem nun gleich zwei Volksinitiativen zur Entscheidung anstehen, und der Bürger aufgerufen ist, sich auf die eine oder andere Variante festzulegen, wird es Aufgabe der Parteien sein, nicht nur für ihre Sache zu werben, sondern auch zu erklären, warum so und nicht anders. Dem Bürger wurde zwar schon erläutert, dass beide Parteien eine Erhöhung der Mandatszahl im Landtag befürworten, dass es nicht nur aus politischen, sondern vor allem sachlichen Gründen unumgänglich erscheine, die immer umfangreicher und komplexer werdende Arbeit im Parlament auf ein zahlenmässig erweitertes Gremium zu verteilen. Doch damit sind die Gemeinsamkeiten parteipolitischer Natur bereits erschöpft. Vor der Diskussion über eine Erhöhung der Landtagszahl konnte davon ausgegangen werden, dass – richtig gewählte Abgeordnete und Stellvertreter zusammen – insgesamt 29 Personen für Sitzungen, Kommissionen und Delegationen im Ausland zur Verfügung standen. Jede Zahl, die unter dieser Schwelle liegt, war damit keine echte Erhöhung, sondern der Ausdruck von Lavieren und Taktieren. Oder es war, wie im Falle des FDP-Vorschlags auf 25 Sitze, ein Kompromiss um der Sache willen, die flexible Haltung einer Partei, die mit dem politischen Partner die Übereinstimmung suchte.

Die «Flucht nach vorn» mit der Ankündigung einer Volksinitiative durch die FDP wurde mit einer VU-Initiative gekontert, die allein den Zweck hat, den Machtstandpunkt der Mehrheitspartei durchzusetzen. Und jetzt wird diese Initiative unter dem Schlagwort, man setze sich für eine massvolle Erhöhung des Landtages ein, dem Stimmbürger schmackhaft zu machen versucht. Ist denn eine Erhöhung auf 21 Abgeordnete massvoller, wenn gleichzeitig behauptet wird, zusammen mit den Stellvertretern, die nach dem VU-Vorschlag verfassungsmässig den gleichen Status erhalten sollen wie die gewählten Abgeordneten, werde die Landtagszahl auf 31 erhöht – also genau so viel, wie die FDP ursprünglich – ohne Stellvertreter, mit richtiger Wahl – forderte?

Rein mathematisch stimmt die Rechnung zwar, aber nur, wenn Stellvertreter und Abgeordnete den gleichen Status haben. Unter der VU-Mehrheit 1970–1974 wurde die Geschäftsordnung geändert, wonach stellvertretende Abgeordnete auch in Kommissionen wählbar seien. Unter VU-Mehrheit soll diese Verfassungswidrigkeit beseitigt werden, indem die Verfassung entsprechend geändert wird. Wo bleiben diesmal die VU-Stimmen, die noch bei der «Mehrheitsklausel» von einem «Antrag auf die Verfassung» geschrieben haben? G. M.